

Aus: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 13. Mai 1989, S. 13

Sandkastenspiele der Erwachsenen

Das Marktsystem ist nicht nur eine große Rechenmaschine / Der grundlegende Irrtum aller Zentralverwalter / Gegen die neoklassische Verführung / Von Harald Kunz

Die „Informationsgesellschaft“ ist eigentlich kein Phänomen dieser Jahrzehnte. Die in der Geschichte weit zurückliegende Erfindung der Marktwirtschaft und des Preissystems ist das für die Entwicklung der Zivilisation entscheidende Ereignis der Informationsgewinnung und Informationsverarbeitung. Nirgendwo wird mehr Wissen gebündelt und erzeugt als in offenen Marktsystemen. Daß Zentralverwaltungswirtschaften das grundsätzlich nicht können, erklärt letztlich die Erfolglosigkeit des sozialistischen Wirtschafts- und Gesellschaftsmodells. Der sozialistische Versuch scheitert, weil sich die Führungen ein Wissen anmaßen, das sie nicht haben können. Dr. Harald Kunz, Privatdozent an der Universität des Saarlandes, zeigt in diesem Beitrag, daß auch in den demokratisch regierten Ländern der Weg zur Knechtschaft von den Experten breitgetreten wird: ihr Rat wird von den Regierungen gesucht, die der informationschaffenden und wissenvermittelnden Kraft des Preissystems nicht trauen. So gerät Wirtschaftspolitik zum Sandkastenspiel der Erwachsenen. (Bar.)

Das Schlaraffenland ist nicht die Welt, in der wir leben. Alles menschliche Handeln ist unter den kalten Stern der Knappheit gestellt. Vor allem Wissen ist knapp. Mehr noch, unser Unwissen ist unbegrenzt, unser Wissen dagegen stets begrenzt. Es ist allenfalls vorläufig richtig, und das auch nur in dem Sinne, daß es bestimmte Aufgaben oft mehr schlecht als recht zu bewältigen erlaubt. Zu diesen Aufgaben gehört das „ökonomische Grundproblem“ jeder Gesellschaft, nämlich die Aufgabe, Ziele, Absichten, Wissen und Kenntnisse zu koordinieren. Das „Grundproblem“ besteht darin, die prinzipiell unbegrenzten und auch nicht begrenzbaren Bedürfnisse mit den im Verhältnis hierzu nicht ausreichenden Produktionsmöglichkeiten so gut wie möglich abzustimmen. Es gewinnt erst durch Wissensknappheit seine Schärfe.

Die Wirtschaftssysteme „Marktwirtschaft“ und „Zentralverwaltungswirtschaft“ sind die großen ordnungspolitischen Antworten auf das Koordinationsproblem. Ihre Qualität wird vor allem davon bestimmt, in welchem Maße sie es ermöglichen, das vorhandene, aber auf viele verteilte Wissen koordinativ zu nutzen, und in welcher Stärke sie die einzelnen anregen, neues Wissen zu erzeugen, das sich dann vor allen Dingen in neuen Gütern und Leistungen verkörpert.

Unter diesen Gesichtspunkten scheint insbesondere die Antwort „Zentralverwaltungswirtschaft“ nirgendwo mehr zu befriedigen. Doch die Option „Marktwirtschaft“ hat im Kampf der Konzepte noch lange nicht gewonnen – sie wird nicht einmal viel besser verstanden.

Andauernde Koordinationsprobleme systemweit, wie in den Ostblockstaaten, oder in wichtigen Teilbereichen, wie in der Bundesrepublik Deutschland, sind stets Ausdruck gravierender Funktionsmängel eines Wirtschaftssystems. Wie ist es zu diesen Koordinationsmängeln gekommen, und welche Möglichkeiten gibt es, sie zu entschärfen?

Die Ursachen liegen in den theoretischen Grundlagen der Wirtschaftspolitik. Die Steuerleute der praktischen Wirtschaftspolitik in West und Ost sehen die „Wirtschaft“ durch die Brille der neoklassischen Theorie des allgemeinen Gleichgewichts und nehmen die Ökonomie daher als geschlossenes, mechanistisches System von Preisen und Mengen wahr, in der das für die Koordina-

tion der ökonomischen Aktivitäten erforderliche Wissen schon bekannt ist, zumindest für leicht erlangbar gehalten wird. Da bleibt kein Raum mehr für Handlungsfreiheit, und der schöpferischen Phantasie der Menschen sind die Flügel amputiert; es gibt nichts mehr zu entdecken. Diese Vorstellung hat die Wirtschaftslenker in beiden Hemisphären blind gemacht für die Tatsache, daß ökonomische Handelskoordination zuallererst ein Informationsproblem ist, daß Wirtschaftssysteme offene Systeme sind, die sich entwickeln, und sie hat die falsche Illusion der ingenieurwissenschaftlichen Allmachbarkeit genährt. Da konnten Fehlschläge – Koordinationsversagen – und Fehlentwicklungen - erlahmende und in falsche Kanäle umgeleitete Evolutionskraft – nicht ausbleiben. Je weiter die „Anmaßung von Wissen“ (F. A. von Hayek) in Theorie und Praxis getrieben wurde, desto einschneidender fielen die Mißerfolge aus, so insbesondere in der Zentralverwaltungswirtschaft. In den Zentralplanbehörden der Ostblockwirtschaften hat man das von der Neoklassik vorausgesetzte Wissen lange Zeit tatsächlich für erreichbar und verfügbar gehalten. Damit stellte man sich in krassen Gegensatz zu jeder praktischen Erfahrung. Denn die meisten der für die Handelskoordination erforderlichen Informationen sind als Kenntnis vorübergehender Gelegenheiten so kurzlebig, daß sie den Zeit erfordernden Prozeß der Zentralisierung nicht überdauern. Diese entscheidend wichtigen Informationen gehen der steuernden Zentrale verloren. Sie muß mit der kleinen Teilmenge zentralisierbaren Wissens auskommen. Hinzu kommen natürliche, psychische, soziale und andere Informationssperren, die auch innerhalb von Organisationen vollständige Verhaltenstransparenz unmöglich machen. Die Funktionäre können weder von oben nach unten und noch weniger von unten nach oben vollständig informiert und kontrolliert werden. Dadurch wachsen ihnen Ermessensspielräume zu, die sie unter Einsatz von Mitteln der Organisation zur Verwirklichung eigener Ziele einsetzen können. Dies werden sie um so eher tun, je größer ihre Freiräume sind und je stärker ihre persönlichen Ziele von denen der steuernden Zentrale abweichen.

Orientierungsdaten und die Illusion der Sicherheit

So entstehen Tauschbeziehungen sowohl zwischen den Funktionären innerhalb der Organisation als auch zwischen Funktionären und Außenstehenden. Diese „Märkte“ heißen Korruption und Schattenwirtschaft; sie lösen die Organisation spontan, insgeheim und in der Regel illegal an den Stellen ab, an denen Mängel in der organisierten Wissensteilung bestehen. In der marktwirtschaftlichen Schattenwirtschaft lebt sich dann die schöpferische Phantasie der Organisationsmitglieder aus. Hier werden sie zu einfallsreichen Unternehmern, nicht innerhalb der Organisation, denn dort stellt jede Neuerung, selbst wenn sie am Ende allen nützlich wäre, für jeden Funktionär, der sie einführen wollte, ein persönliches Risiko dar, dem keine entsprechende Prämie gegenübersteht. Also unterbleibt sie.

Alle „Zentralen“ – in welchem System auch immer - versuchen, für ihre Ziele zu werben. Zwar ist es grundsätzlich möglich, auf diesem Wege die Effizienz der Organisation zu steigern. Ob aber durch Appelle an gemeinsame Werte, wie zum Beispiel an die Solidarität einer Versicherungsgemeinschaft oder eine andere Ideologie, Motive geschaffen werden können, die stärker sind als das individuelle Einkommensmotiv, darf zumindest für Großorganisationen mit Zwangscharakter bezweifelt werden - für Zentralverwaltungswirtschaften allemal.

Eine Zentralverwaltungswirtschaft ist immer eine Gesellschaft von Ungleichberechtigten, die durch konkrete Maßnahmegesetze gesteuert wird. Mit ihrer schmalen Ausstattung mit Tatsachenwissen und der dafür um so breiteren ideologischen Basis befiehlt die Zentrale die einzelnen

Abläufe der ökonomischen Handelskoordination sowie darüber, welche neuen Problemlösungen, auch die in Gütern und Diensten verkörpert, akzeptabel und überhaupt möglich sind. Daher kann die politische Ordnung, die die Befehle, meist in Form von Mehrjahresplänen, hervorbringt, als die zu Ende gedachte und zu Ende gebrachte Expertokratie gelten. Sie hält sich überall dort, wo sie verwirklicht ist, deshalb so lange und so hartnäckig am Leben, weil sie für die Experten, die zugleich Herrscher über die vereinigten Staatsgewalten - Gesetzgebung, Rechtsprechung, Polizei, Militär, Presse - sind, einen so hohen und überaus verteidigungswürdigen persönlichen Investitionswert darstellt - und weil es eine ausgedehnte Feierabend- und Schattenwirtschaft gibt, in der die schöpferische Phantasie und der Bürgerfleiß unternehmerischer Menschen jenen zusätzlichen Wohlstand schaffen, ohne die keine Zentralverwaltungswirtschaft auf die Dauer lebensfähig wäre. Es gibt keine Ostblockgesellschaft, die nur von dem leben könnte, was der offizielle Plan liefert.

Der zentralverwaltungswirtschaftliche Maßnahmestaat, der nach den Prinzipien von Wissensanmaßung und Ungleichberechtigung gesteuert wird, stellt keine adäquate Antwort auf das Koordinationsproblem dar, und seine Evolutionskraft ist schwach. Die Konstruktivisten, die Macher, sie sind desavouiert. Die ordnungspolitischen Aufbruchsversuche im Osten sprechen eine allzu deutliche Sprache.

Wie aber steht es mit der neoklassisch gesteuerten Marktwirtschaft? Die allgemeine Gleichgewichtstheorie nährt die Illusion, mit Hilfe von Datenänderungen - bewirkt durch Maßnahmen der praktischen Wirtschaftspolitik - könnten bestimmte gewünschte konkrete Ergebnisse wie Preise, Kosten oder Wachstumsraten realisiert werden, läßt aber gleichzeitig im dunkeln, daß sie sich diese bloß theoretische Möglichkeit allein durch Anmaßung von Wissen eröffnet hat, das sie sich zusammengefaßt bei einem Auktionator lokalisiert denkt - wo ist da der Unterschied zur Zentralplanbehörde? Daher stößt das neoklassische Totalmodell bei seiner wirtschaftspolitischen Umsetzung innerhalb des Marktsystems auf Schwierigkeiten. Denn dort herrscht grundsätzlich Privatautonomie mit weitgehender ökonomischer Handlungsfreiheit; die Ergebnisse des marktwirtschaftlichen Koordinations- und Entdeckungsprozesses sind im vorhinein nicht bekannt.

Die Verantwortlichen für die praktische Wirtschaftspolitik in der Bundesrepublik Deutschland haben wohl schon lange geahnt, daß die von der neoklassischen Wirtschaftstheorie vernachlässigten tatsächlichen Informationsmängel der Handelnden für manchen Mißerfolg ihrer Maßnahmen sorgten, der sich dann als Koordinationsversagen darstellte. Denn sie kamen auf die Idee, die Wissensmängel der Handelnden könnten dadurch gemildert werden, daß den Verbandsspitzen, die es jeweils angeht, globale Informationen, die sogenannten Orientierungsdaten, an die Hand gegeben werden, nach dem Muster: „richtige“ Informationen, „richtige“ Entscheidungen, „richtige“ Ergebnisse. Das ist auch das Strickmuster des Stabilitätsgesetzes.

Damit handelten sie sich gleich mehrere Schwierigkeiten gleichzeitig ein. Erstens: Die in Form von statistisch ermittelten Gesamtgrößen vorliegenden Orientierungsdaten können nicht so disaggregiert werden, daß sie für die einzelnen ökonomischen Entscheidungsträger, zum Beispiel für ein Unternehmen, unmittelbar verwertbar werden. Zweitens: Es ist kaum möglich, die einzelnen zu veranlassen, ihre Entscheidungen tatsächlich an diesen Informationen zu orientieren, selbst dann nicht, wenn sie - unwahrscheinlich genug - richtig disaggregiert worden sein sollten. Sofern die durch die Informationsgaben nahegelegten Entscheidungen nicht vollständig im Einkommensinteresse der Adressaten liegen und auch durch Propaganda der bessere Mensch nicht geschaffen werden konnte, werden flankierende, insbesondere Kontrollmaßnahmen dem Steuerungsversuch mit Orientierungsdaten folgen. Denn die einzige operationale Form der Disaggregation eines Orientierungsdatums ist der Befehl.

Die Geschichte der Steuerung mit Orientierungsdaten in der Bundesrepublik belegt das. Wurden die Orientierungsdaten im Rahmen der Stabilitätspolitik noch als „Darstellung der gesamtwirtschaftlichen Zusammenhänge“ vorgelegt und dienten sie der „freiwilligen Verhaltensabstimmung“ von Gebietskörperschaften, Gewerkschaften und Unternehmerverbänden, so wird der Vollzug der Empfehlungen der konzertierten Aktion im Gesundheitswesen, die auf detaillierten Orientierungsdaten beruhen, zumindest informell zusätzlich kontrolliert. Der Zug hin zum Interventionsstaat ist unverkennbar. Die Interventionsspirale hat sich zu drehen begonnen.

Zu den unerfreulichsten Nebenwirkungen des Interventionsstaates gehört es, daß er die schöpferische Phantasie der Menschen vorwiegend zur Umgehung der Kontrollen anspornt und in das Bemühen um leistungslose Einkommensprivilegien umleitet. Neue Problemlösungen, insbesondere auch die in neuen Gütern und Diensten verkörpert, werden dadurch seltener. Die Evolutionskraft des Systems erlahmt. Und die Ungleichberechtigungen mindern über eine Erhöhung des gesamtwirtschaftlichen Transaktionskostenniveaus infolge einer steigenden Zahl von gesetzlichen Regelungen auch noch die Koordinationsleistung des Systems. Alles in allem: keine erfreuliche Bilanz.

Der Markt als Filter der schöpferischen Phantasie

Aber es kommt noch schlimmer. Die Gefahr, daß die Steuerung mit Orientierungsdaten nebst zugehöriger Kontrollen zunehmender Expertenherrschaft Vorschub leistet, ist fast unabwendbar. Denn sie ist geradezu klassisch interventionistisch. Und interventionistisch eingreifen heißt konkrete Maßnahmen mit konkreter Zielstellung treffen. Die Rationalität von Interventionen muß vorher auf der Grundlage konkreter Ergebnisprognosen beurteilt werden. Diese können in aller Regel nicht von den mit Entscheidungsbefugnis ausgestatteten Politikern, sondern müssen von beigezogenen Experten gestellt werden. Soweit es beim politischen Vollzug der Entscheidungen wegen der zugrunde liegenden Theorie, die Informationsmängel und Handlungsfreiheit nicht berücksichtigt, zu unerwünschten Nebenwirkungen kommt, erreicht die Intervention ihr Ziel nicht. Weitere Interventionen werden nötig und damit weitere Expertisen. Mit Expertisen verhält es sich wie mit manchen Medikamenten: außer den Herstellern helfen sie niemandem. Und für die Politiker haben sie ungefähr dieselbe Bedeutung wie die Laterne für einen Betrunkenen: die erleuchtet ihn nicht, aber sie gibt ihm wenigstens Halt.

So wächst mit zunehmendem Interventionismus die Nachfrage nach Expertenwissen. Damit entstehen nicht nur immer mehr Ungleichberechtigungen und steigt das allgemeine Transaktionskostenniveau, sondern es bilden sich auch immer größere parlamentarisch-politisch unverantwortliche, eben expertokratische, ständische Strukturen. Es folgt also die Expertokratie der interventionistischen Verhaltenssteuerung mit unschöner Regelmäßigkeit auf dem Fuße. Wenn es unterschiedliche politische Parteien gibt, neutralisieren sich die Experten manchmal gegenseitig. So ist die so beschränkte Expertokratie die dem Interventionsstaat zugehörige politische Organisationsform. „Der Weg zur Knechtschaft“ (von Hayek) folgt einer Interventionsspirale.

Gibt es einen Ausweg? Ja, den gibt es! Ihn zu beschreiten erfordert Mut. Einen Mut, wie ihn Ludwig Erhard einst aufbrachte, als er den Westdeutschen den Markt verordnete. Die theoretische Alternative zur Neoklassik liegt in einer evolutionsökonomischen Marktsystemtheorie. Wenn die ökonomische Handelskoordination zuallererst ein Informationsproblem ist, dann muß die Theorie zeigen, wie das koordinationsrelevante Wissen entsteht. Sie darf sich eben gerade kein Wissen anmaßen, das niemand in seiner Gesamtheit haben kann, und nicht der Wirtschaftspolitik Machbarkeit vorspiegeln, wo keine besteht. Nicht unser Wissen, unser Unwissen ist un-

begrenzt. Das ist der Ausgangspunkt. Die Bausteine dieser Theorie sind demnach die „konstitutionelle Unwissenheit“ (von Hayek) der Wirtschaftssubjekte und die Offenheit des Marktsystems, dessen Grenze zur Außenwelt durch das Einkommensmotiv, durch den tätigen Überlebenswillen der einzelnen, durch die Nutzenorientiertheit menschlichen Handelns - wie immer dies genannt wird - gezogen ist.

Die Grenze zwischen dem Marktsystem und seiner Außenwelt ist der Ort, an dem systematisch neues Wissen entsteht. Das Einkommensmotiv wirkt dabei als Ideenfilter. Er verkörpert sich in schöpferischen Menschen, die auf Probleme stoßen, Koordinationsprobleme zum Beispiel, Lösungen hierfür entwickeln und, vom Einkommensmotiv geleitet, darüber entscheiden, welche sie dem System anbieten. In dieser Doppelrolle werden sie zum Bindeglied zwischen dem Marktsystem und seiner Außenwelt. Indem sie schöpferische Phantasie zur Problemlösung mobilisieren, also Wissen erzeugen, gehören sie zur Systemaußenwelt. Indem sie von allen Problemlösungen, die ihnen einfallen, nur solche ins Marktsystem einspeisen, die sie für sich selbst, weil für andere, gewinnbringend halten, gehören sie als vom Einkommensmotiv geleitete Ideen- oder Irrtumfilter zum Marktsystem. So schlagen „private Laster“ in „öffentliche Vorteile“ um, arbeitet der unternehmerische Mensch ungewollt altruistisch. Die „unsichtbare Hand“, vom konstruktivistischen Un-Verstand oft genug mitleidig belächelt, gibt es eben doch.

Welche Problemlösungen dem Markt angeboten werden, ob dies in Form von neuen Gütern oder Diensten geschieht, für die dann Märkte neu entstehen, oder in Form neuer Verfahren oder Unternehmensgründungen oder ob diese Lösungen die Gestalt neuer Verhaltensregeln annehmen, das wird von der Art der Aufgabe oder des Ereignisses bestimmt, das auf das Marktsystem eindringt und mit dem sich der unternehmerische Mensch mehr oder weniger einfallstreich auseinandergesetzt hat. Die konkreten Ergebnisse seines Wirkens sind daher notwendigerweise mindestens aus zwei Gründen vorher unbekannt: Erstens sind die Ereignisse grundsätzlich unvorhersehbar („offene Geschichte“), zweitens kann nicht antizipiert werden, wieviel und welche Art von Phantasie im Einzelfall mobilisiert wird. Das Marktsystem ist ergebnisoffen.

Die Rechtsfortbildung durch allgemeine Regeln

So inszeniert der unternehmerische Mensch den Prozeß des Wissensfortschritts nach dem Prinzip des „konstruktiven Mißtrauensvotums“. Er setzt das seiner subjektiven Einschätzung nach bessere Wissen an die Stelle des guten, das Neue an die Stelle des Alten und wirkt so „schöpferisch“ und „zerstörend“ zugleich. Das unternehmerische Element im menschlichen Handeln, als Motor der Evolution, weist die Evolution selber als Knappheitsphänomen aus, das daher auch ökonomisch analysierbar ist. Evolution ist das Resultat einer spezifischen und zugleich - etwas widersprüchlich formuliert - grenzenlosen Knappheit, der Knappheit an Wissen. Nur bei Wissensknappheit sind das Angebot neuer Problemlösungen (Mutation) und das Aussortieren der leistungsfähigsten (Selektion) eine sinnvolle und überhaupt mögliche Doppelstrategie der Evolution. Sie kann sich nicht mehr vollziehen, wenn alles bereits bekannt ist - die Gesellschaft schon dem Informationsinfarkt der Neoklassik erlegen ist. Die Neoklassik kann daher weder den Stellenwert von Informationen im Wirtschaftsprozess erfassen, noch kann sie die Wirtschaftspolitik auf die Chance hinweisen, die darin besteht, das unternehmerische Element der Findigkeit für sich arbeiten zu lassen.

Welche Voraussetzungen müssen erfüllt sein, damit sich das unternehmerische Element im menschlichen Handeln voll entfalten kann? Das ist eine Frage der Rechtsordnung. Rechte können als Instrumente zur Lösung wiederholt gleichartig auftretender Aufgaben der Handelnskoor-

dination aufgefaßt werden, die sich aus der allgemeinen Lebenssituation der Wissens- und Ressourcenknappheit ergeben. Die Rechtsordnung muß für Gleichberechtigung und Privatautonomie sorgen und den einzelnen vor willkürlichen, insbesondere staatlichen Übergriffen schützen. Nur so wird er frei, sich Neuerungen, die er für gewinnbringend hält, auszudenken und auf eigenes Risiko zu verwirklichen, ohne vorher andere um Erlaubnis fragen zu müssen. Damit ist von der Rechtsordnung her die Ergebnisoffenheit des Marktsystems sichergestellt, der Marktprozeß als „Forschungsreise ins Unbekannte“ ermöglicht; das im unternehmerischen Element beschlossene evolutorische Potential hat die denkbar größten Chancen, sich zum Nutzen aller zu aktualisieren. Gleichberechtigung und Privatautonomie können nur durch allgemeine abstrakte Regeln geschaffen werden. Die dem Marktsystem angemessene Rechtsfortbildung ist daher notwendigerweise eine Rechtsfortbildung durch allgemeine Regeln. Sie erleichtern Koordination und Evolution nicht nur deshalb so vergleichsweise gut, weil sie das unternehmerische Element im menschlichen Handeln ungehindert zur Entfaltung bringen, sie verkörpern auch ein Höchstmaß an Information. Die Steuerung des ökonomischen Lebensbereichs mit allgemeinen Regeln stellt eine funktionsfähige wirtschaftspolitische Alternative dar und keine Alternative zur Wirtschaftspolitik, wie uns die Macher gewiß werden glauben machen wollen.

Ob also die Lösung von Koordinationsproblemen durch Gesetz besser oder schlechter ist, das hängt vom Allgemeinheitsgrad der Aufgabenbewältigung durch Rechtsregeln ab und damit davon, wer bestimmt, was als Aufgabe zu gelten hat und wie sie zu lösen ist. Das wiederum ist eine Frage der politischen Ordnung. Wenn die auf allgemeinen Regeln beruhende Handlungsordnung des offenen Marktsystems und damit gute Wohlfahrtschancen für beliebig herausgegriffene einzelne das Ziel der Wirtschaftspolitik ist, dann muß Ordnungspolitik einen Schritt früher ansetzen, als dies sonst für notwendig gehalten wird. Die politische Ordnung muß so renoviert werden, daß die Politiker in der Verantwortung einen Anreiz bekommen, der allgemeinen Regel vor der konkreten Maßnahme den Vorzug zu geben, also davon abgehalten werden, sich der „Tyrannei der Besitzstände“ zu beugen und Mehrheitsbeschaffergruppen durch konkrete Maßnahmegesetze zu bestechen und so die Privatrechtsordnung in Richtung einer öffentlich-rechtlichen Kommandostruktur zu deformieren. Ordnungspolitik ist zuallererst Politik der Machtbegrenzung.

Wenn es gelingt, die Arbeitsbedingungen für Politiker so zu verändern, daß sie - gelenkt vom Eigennutz - stets der allgemeinen Regel vor der konkreten Maßnahme den Vorzug geben, dann werden sie zu Experten für allgemeine Regeln. Und das ist die der Politik angemessene Rolle in einem offenen Marktsystem, nicht die Pflege von Partikularinteressen. Und unter der Herrschaft allgemeiner Regeln hat jeder einzelne Bürger eine faire Chance, zum Experten in eigenen Angelegenheiten zu werden. Es wird ihm möglich, eigenständig und einfallsreich auf die Zufälle des Lebens zu reagieren, statt immer wieder zum Zufallsoffer politischer Einfallslosigkeiten, Einfälligkeiten und Irrtümer zu werden.